

F.3 ✓ Chancen und Hindernisse für eine Konfliktlösung in Israel und den palästinensischen Gebieten

ISRAEL

Die Politik der israelischen Regierung war in den vergangenen Jahren darauf ausgerichtet, eine Konfliktlösung zu verhindern. Premierminister Benjamin Netanjahu, der bereits ab 1996 eine erste Amtszeit absolvierte, sagte im Dezember 2023, dass er stolz darauf sei, einen palästinensischen Staat verhindert und den Osloer Friedensprozess gebremst zu haben. Das Beispiel des „kleinen palästinensischen Staates in Gaza“ zeige, welch fataler Fehler die Abkommen gewesen seien (→ Times of Israel 2023). Auch künftig wolle Israel die Kontrolle über das gesamte Territorium zwischen Mittelmeer und Jordan allein ausüben (→ Berman 2024).

Netanjahus Regierung
will die Kontrolle
über das gesamte
Territorium behalten

F

31

Vor dem 7. Oktober 2023 verfolgte Israel unterschiedliche Strategien im Gazastreifen und im Westjordanland. Gegenüber der Hamas setzte die Regierung auf eine Mischung aus Abschreckung, Kontrolle und indirekter Abstimmung. Nach der Machtübernahme der Islamist:innen im Jahr 2007 verhängte Israel eine Blockade über den Gazastreifen. Seither gab es mehrere militärische Auseinandersetzungen, in denen das israelische Militär die Hamas schwächte, ohne sie gänzlich zu zerschlagen.

Der Abschreckung sollten außerdem der mit neuester Technik ausgerüstete Sicherheitszaun und das Raketenabwehrsystem „Iron Dome“ dienen. Zugleich stimmte sich Israel indirekt mit der Hamas ab: Die israelische Regierung erhöhte die Zahl der Arbeitserlaubnisse für Arbeiter:innen aus dem Gazastreifen und erwartete im Gegenzug den Verzicht auf weitere Angriffe. Teil der Strategie Netanjahus war auch, Transferzahlungen via Katar an die Hamas zuzustimmen (→ Peretz 2023). Die Hamas sollte militärisch schwach, aber an der Macht gehalten werden, um die Spaltung der palästinensischen Politik zwischen der Hamas in Gaza und der Fatah im Westjordanland aufrechtzuerhalten. Dieses Ziel, eine geeinte und handlungsfähige palästinensische politische Führung zu verhindern, hatte bereits Israels Rückzug aus dem Gazastreifen 2005 bestimmt (→ Wildangel 2023).

Das Massaker der Hamas hat die Sicherheit Israels tief erschüttert und viele Bürger:innen schwer traumatisiert → 3 / 33. Die israelischen Sicherheitsbehörden hatten interne Warnungen über einen bevorstehenden Angriff ignoriert, das Ausmaß nicht erkannt und versagten dann darin, schnell und effizient zu reagieren. Der Angriff traf Israel an einem religiösen Feiertag. Die verzögerte Reaktion ist aber auch damit zu erklären, dass das Hauptaugenmerk der israelischen Regierung vor dem 7. Oktober dem besetzten Westjordanland galt, wo das Militär zum Schutz von Siedlungen eingesetzt wurde und verstärkt gegen militante palästinensische Gruppen vorging (→ Fabian 2023).

In den jüdischen Siedlungen im Westjordanland leben heute etwa 465.000 Israelis, weitere 230.000 in Ost-Jerusalem. Nicht alle der Einwohner:innen sind ideologisch-religiös motiviert, viele profitieren von günstigem Wohnraum und Steuererleichterungen. Doch die Parteien der nationalreligiösen Siedlerbewegung haben bei den Wahlen stark an Zustimmung gewonnen, auch Netanjahus Likud unterstützt die Siedler:innen. Die jüngsten Wahlergebnisse zeigen ebenso wie Umfragedaten einen generellen Rechtsruck in der israelischen Gesellschaft (→ Anabi 2022). Die auf Ausgleich mit den Palästinenser:innen bedachte Linke und die Parteien der Mitte haben dagegen erheblich an Zuspruch verloren.

Netanjahus aktuelle Koalition ist die am weitesten rechts stehende in der Geschichte des jüdischen Staates. Itamar Ben-Gvir, Minister für nationale Sicherheit und Vorsitzender der Partei „Jüdische Stärke“ steht gar in der Tradition der 1988 wegen ihrer rassistischen Programmatik verbotenen rechtsextremen Kach-Partei. 2007 verurteilte ihn ein israelisches Gericht wegen Aufhetzung zum Rassismus und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Der derzeitige Finanzminister, Bezalel Smotrich, veröffentlichte 2017 seinen Plan „Eine Hoffnung“. Dieser postuliert, dass auf dem Territorium des ehemaligen britischen Mandatsgebietes nur ein nationales Projekt Raum hat – das jüdische. Deshalb solle Israel die volle Souveränität über das Westjordanland und Gaza erklären und den „Sieg durch Besiedlung“ erzielen. Die arabische Bevölkerung des Westjordanlands habe zwei Optionen: Sie solle entweder ihre nationalen Bestrebungen aufgeben und in einem System lokaler Selbstverwaltung in Israel verbleiben, jedoch ohne Wahlrecht auf nationaler Ebene – oder sie solle „zur Migration ermutigt“ werden (→ Smotrich 2017).

Vor dem 7. Oktober 2023 zeigte sich der illiberale Charakter dieser Regierung nicht zuletzt in ihrem Vorhaben, das israelische Justizsystem umzubauen und den Obersten Gerichtshof zu entmachten. Hunderttausende protestierten gegen diese Pläne. Dabei spielte jedoch das Thema Besatzung eine ebenso untergeordnete Rolle wie bei den jüngsten Wahlen. Seit dem 7. Oktober drehen sich die Debatten nun um den Krieg gegen die Hamas. Hardliner:innen der Regierung überboten sich mit extremen Aussagen über den Abwurf einer Atombombe auf Gaza, die Vertreibung der gesamten palästinensischen Bevölkerung oder die Wiederbesiedlung des Gebietes durch Israel – Aussagen, die Südafrika in seiner Anklage vor dem IGH als Indizien für die Aufwiegelung zum Genozid zitierte → 2/29–30.

Zeitgleich kam es verstärkt zu tödlichen Einsätzen des Militärs und gewaltsamen Übergriffen durch jüdische Siedler:innen auf die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland. Ganze Dorfgemeinschaften wurden mit Unterstützung der israelischen Sicherheitsbehörden gewaltsam vertrieben (→ B'tselem 2024). Die US-Regierung verhängte im Februar 2024 erstmals Sanktionen gegen einzelne jüdische Siedler:innen, denen Gewalthandlungen gegen Palästinenser:innen vorgeworfen werden, Frankreich folgte kurz darauf.

Die Gewalt von Siedler:innen gegenüber der palästinensischen Bevölkerung hat erheblich zugenommen

In Umfragen schneidet die Netanjahu-Regierung derzeit schlecht ab. Viele Israelis geben dem Premierminister eine Mitschuld am Versagen der Sicherheitskräfte am 7. Oktober und kritisieren, dass er die Befreiung der Geiseln nicht prioritär verfolge. Die meisten Wähler:innen favorisieren als Premierminister aktuell Benny Gantz, den Vorsitzenden der zentristischen Partei Nationale Einheit und Mitglied des Kriegskabinetts (→ Times of Israel 2024a). Anders als der Premierminister hat Gantz signalisiert, mit den USA und den arabischen Staaten, die an einer Normalisierung mit Israel interessiert sind, beim Wiederaufbau Gazas nach der Zerschlagung der Hamas zusammenarbeiten zu wollen.

Die Kräfte in der israelischen Opposition, die für einen Ausgleich und eine Beendigung der Besatzung eintreten, sind schwächer geworden und heute vor allem in der Zivilgesellschaft präsent. Einige bekannte Friedensaktivist:innen wurden bei dem Angriff vom 7. Oktober in den eher linksgerichteten grenznahen Gemeinden getötet. Nach dem 7. Oktober waren es dennoch diese Organisationen, die nicht nur solidarisch mit den israelischen Opfern waren, sondern auch auf die Lage in Gaza hinwiesen und gegen die aus ihrer Sicht kontraproduktive und rechtswidrige Kriegführung protestierten. Die Proteste wurden unter anderem von einer Bewegung aus jüngerer Zeit, „standing together“, getragen, in der jüdische und arabische Bürger:innen Israels gemeinsam versuchen, für ein friedliches Zusammenleben einzutreten und dies mit Akten konkreter Solidarität zu verbinden (→ Ahituv 2024). Allerdings waren die Friedensakteur:innen in Israel im Zuge des politischen Rechtsrucks schon länger massiv unter Druck geraten. Es kam zu Verboten von Demonstrationen und zu Verhaftungen insbesondere israelisch-palästinensischer Bürger:innen, darunter sogar prominenter Politiker:innen. Wehrdienstverweigerer:innen sehen sich seit dem 7. Oktober besonderem Druck ausgesetzt (→ Segalov 2024).

Die israelische Friedensbewegung ist geschwächt – aber noch immer gibt es Gruppen, die für Aussöhnung plädieren

Auch gegen die Unterstützung der menschenrechtlich orientierten israelischen Zivilgesellschaft aus dem Ausland, darunter aus Deutschland, wurde zunehmender Druck ausgeübt. Sollte ein in der Knesset diskutierter Gesetzesentwurf angenommen werden, der ausländische Unterstützung mit einer hohen Steuer versehen würde, könnte das für die Arbeit zahlreicher Menschenrechtsorganisationen das Aus bedeuten.

3 Kollektive Traumata

Die von der Hamas am 7. Oktober 2023 verübten Gräueltaten sowie die intensive israelische Bombardierung des abgeriegelten Gazastreifens sind für beide Zivilbevölkerungen traumatische Ereignisse, die auch von den nicht unmittelbar Betroffenen als stark belastend erlebt werden. Für die israelische Zivilbevölkerung bleibt das Trauma akut, weil die Geiselsituation andauert und die Raketenangriffe weitergehen. Die Zivilbevölkerung in Gaza wird monatelang und unmittelbar mit traumatischen Kriegssituationen durch die Bombardierungen sowie existenziellen Nöte konfrontiert. Diese menschenverur-

sachten und langandauernden traumatischen Ereignisse erhöhen die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß der psychosozialen Traumafolgen. Erschwerend kommt hinzu, dass beide Seiten bis heute mit den Nachwirkungen von früheren kollektiven Traumata, wie Genozid, Vertreibung und Kriegen kämpfen. Die Effekte sowie transgenerationale Weitergabe von kollektiven Traumata sind empirisch nachgewiesen (→ Mohatt 2014; Lehrner/Yehuda 2018). So prägen sowohl akute als auch vergangene Traumata gegenwärtige Wahrnehmungsprozesse und politische Dynamiken.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

F
34

Die politischen und humanitären Bedingungen im Gazastreifen bis zum 7. Oktober waren einerseits durch Repression seitens der Hamas-Regierung, andererseits durch die israelische Blockade bestimmt. Schon 2012 hatte ein Bericht der VN (→ UN Country Team in the OPT 2012) gewarnt, der Gazastreifen könne bald unbewohnbar werden angesichts unzureichender Gesundheitsversorgung, fehlender wirtschaftlicher Perspektiven, Energiemangel sowie Verseuchung der natürlichen Ressourcen, Anbauflächen und des Grundwassers. Durch vorangegangene Kriege waren die zivile Infrastruktur und wirtschaftliche Produktion stark beeinträchtigt. Mit 70 % stellte Gaza einen Rekord in Jugendarbeitslosigkeit auf.

80 % der Bevölkerung waren schon damals von humanitärer Hilfe abhängig. Die palästinensische Politik blieb gespalten zwischen der Fatah im Westjordanland und der Hamas in Gaza; Aktivitäten der jeweils anderen Seite wurden unterdrückt. Mehrere Anläufe, die ersten Wahlen seit 2006 abzuhalten, scheiterten, zuletzt 2021.

Im Westjordanland war 2023 für Palästinenser:innen das Jahr mit den meisten Toten seit der Zweiten Intifada zu Beginn der 2000er Jahre. 476 wurden durch die israelische Armee oder Siedler:innen getötet, 12.566 verletzt (→ OCHA 2023). Der Trend setzt sich 2024 fort. Mit der Übernahme der rechtsgerichteten israelischen Regierung, die Siedlerinteressen am Kabinettstisch versammelte, gingen vor Ort eine Vertreibungs- politik in den C-Gebieten und in Ost-Jerusalem sowie ein massives Anwachsen der Gewalt durch extremistische Siedler:innen einher (→ B'tselem 2024).

Die PA und Präsident Abbas verloren in den vergangenen Jahren erheblich an Ansehen und zeigten schon länger autoritäre Tendenzen. Während die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit sowie das Recht zur politischen Betätigung unter israelischer Militär- besatzung in den B- und C-Gebieten weitgehend eingeschränkt oder verboten sind, ging die PA ebenfalls immer repressiver gegen Kritiker vor, mutmaßlich auch unter An- wendung von Folter mit Todesfolge (→ Human Rights Watch 2022).

Die palästinensische
Autonomiebehörde zeigt
autoritäre Tendenzen

Die EU hat diese Entwicklungen vielfach kritisiert, aber bisher an der Unterstützung für die Autonomiebehörde festgehalten. Seit 1993 hat die EU insgesamt knapp 8,5 Mrd. € für die palästinensischen Gebiete ausgegeben (→ European Parliament 2023). Damit wurden vor allem die Gehälter der PA gezahlt sowie palästinensische Flüchtlinge und Entwicklungsmaßnahmen unterstützt. Nach dem 7. Oktober sprachen sich mehrere Staaten für einen Stopp und eine Überprüfung von Finanzierungsleistungen aus, was katastrophale Folgen für die Versorgung von Palästinaflüchtlingen und die Stabilität der gesamten Region hätte.

Zugleich wurde aber von internationaler Seite die PA als aussichtsreichste Option für die Übernahme von politischer Verantwortung in Gaza genannt. Dafür sei nach Ansicht der USA und der EU eine „Revitalisierung“ der Behörde notwendig. Bislang haben die internationalen Geber:innen jedoch keine konkreten Vorschläge gemacht, wie diese Probleme überwunden werden könnten.

Vor allem wäre eine demokratische Legitimierung notwendig; ob dabei auch unabhängige Kandidat:innen, wie beispielsweise der ehemalige Premierminister Salam Fayyad oder der ehemalige Präsidentschaftskandidat Mustafa Barghouti, eine Rolle spielen können, bleibt ebenso abzuwarten wie die Zukunft des noch immer in israelischer Haft befindlichen Fatah-Politikers Marwan Barghouti. Ihn sehen viele als möglichen Konsens-kandidaten aller Parteien. Nach Jahren der Spaltung ist für den politischen Prozess eine inklusive palästinensische Vertretung zentral, die auch konservative Stimmen und Kritiker:innen der PA einbindet.

Dazu gehört auch ein realistischer Umgang mit der Hamas: Während sichergestellt werden muss, dass sie keine terroristischen Angriffe mehr ausführen kann, wird sie als politische und soziale Kraft weiter existieren. Innerhalb der Hamas setzte sich in den Jahren vor dem 7. Oktober der radikal-militante Flügel unter dem Chef der Hamas in Gaza, Yahya Sinwar, durch. Doch es handelt sich nicht um eine monolithische Bewegung. Vielmehr ist die Hamas ein weit verzweigtes Netzwerk, das auch politische und soziale islamisch-konservative Akteure und Strömungen bündelt.

Eine „Eliminierung“ der Hamas, wie sie die israelische Regierung als Ziel ausgegeben hat, ist auch deshalb unrealistisch, weil viele ihrer Führer im Ausland sitzen, vor allem in Katar und Libanon. Die israelische Kriegführung in Gaza mit ihren zahlreichen zivilen Opfern führte zudem dazu, dass die Popularität der Hamas und bewaffneter Gruppen zunahm (→ Center for Policy and Survey Research 2023). Umfragen in Gaza kurz vor dem 7. Oktober zeigen, dass die Unterstützung in der Bevölkerung für die Hamas vor dem Krieg dagegen gering ausfiel: Weniger als 25 % sagten Arab Barometer, sie würden für die Hamas stimmen (→ Shikaki 2024).

Die von Israel angestrebte Auslöschung der Hamas ist unrealistisch

Viele israelische und internationale Analyst:innen gingen bis zum 7. Oktober von einer Moderierung der Hamas aus. Ihre neue Charta von 2017 verzichtet auf den radikalen Antisemitismus des Gründungsdokumentes von 1988 und beinhaltet eine implizite Akzeptanz eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967. Bis zu den Angriffen hatte sich zwischen der israelischen Regierung und der Hamas ein Modus Vivendi eingespielt, der die relativ schnelle Beilegung militärischer Konflikte und die Erhöhung der Zahl palästinensischer Arbeiter:innen in Israel erlaubte. Etwa 18.500 Permits wurden vor dem 7. Oktober ausgegeben, nach den Angriffen wurden diese sofort entzogen. Die somit illegal gewordenen Arbeiter:innen flüchteten ins Westjordanland oder wurden ohne rechtliche Grundlage und ohne Kontakt zur Außenwelt in Israel festgehalten. Tausende wurden während des Krieges in den Gazastreifen abgeschoben (→ Gisha 2023).

Die palästinensische Zivilgesellschaft stand auch schon vor dem 7. Oktober massiv unter Druck. 2021 erklärte die israelische Regierung sechs prominente zivilgesellschaftliche Organisationen² anhand einer Anti-Terrorgesetzgebung von 2016 zu terroristischen Organisationen, stürmte deren Büros, konfiszierte ihre Ausstattung und verhaftete einige Angestellte. Überzeugend belegen konnte sie dieses Vorgehen nach übereinstimmenden Einschätzungen verschiedener EU-Staaten inklusive Deutschlands und den USA allerdings nicht. Dennoch werden Entwicklungsgelder auch aus Deutschland für die betroffenen Nichtregierungsorganisationen (NRO) mittlerweile verweigert. Die Debatte um die Finanzierung der palästinensischen Zivilgesellschaft und palästinensischer Institutionen hat sich seit dem 7. Oktober verschärft. Nach einer Überprüfung der gesamten Entwicklungszusammenarbeit mit Palästina seitens der EU sowie Deutschlands wurden die Zahlungen wieder aufgenommen. Auch die Unterstützung des Palästina-Hilfswerk UNRWA wurde von zahlreichen Staaten ausgesetzt. Für die schwerwiegenden Vorwürfe gegen einzelne Mitarbeiter seitens der israelischen Regierung gibt es aber laut des unabhängigen Untersuchungsberichtes unter Leitung der ehemaligen französischen Außenministerin Catherine Colonna keine Belege. Die Bundesregierung kündigte daher die dringend benötigte Wiederaufnahme der Unterstützung für die Arbeit von UNRWA in Gaza an.

F.4 ✓ Regionale Dimension

DER ISRAELISCH-PALÄSTINENSISCHE KONFLIKT IN DER REGIONALEN ORDNUNG UND KONFLIKTLINIEN SEIT 2011

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist seit seinem Beginn in regionale Ordnungsprozesse und -kämpfe eingebunden und hat umgekehrt die Agenden regionaler Kräfte beeinflusst. Auch aus diesem Grund wird derzeit gefordert, dass arabische Staaten und andere Regionalmächte mehr Verantwortung übernehmen, um im Konflikt zu vermitteln, den Gazastreifen wieder aufzubauen und zu verwalten sowie Sicherheit zu gewährleisten. Derartige Forderungen stoßen aber an schwer überwindbare Grenzen.

Die Staaten der Region verfolgen widersprüchliche Interessen

Die Vorstellung eines kollektiven Handelns „der regionalen Mächte“ ist fehlgeleitet, weil es unter ihnen widersprüchliche Interessen gibt → 4 / 37. Nur wenige Staaten haben ein unmittelbares Interesse an einer politischen Konflikttransformation: Einige wie die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Bahrain und Saudi-Arabien sind aus wirtschaftlichen Gründen oder wegen regionaler Rivalitäten an einer Normalisierung der Beziehungen zu Israel interessiert, in anderen Staaten wie dem Iran ist der Konflikt legitimitätsstiftend für das herrschende Regime. Zudem bestehen handfeste Konflikte zwischen regionalen staatlichen und nichtstaatlichen Akteur:innen. Dazu gehören zum einen der Wettstreit zwischen Saudi-Arabien und Iran mit ihren jeweiligen staatlichen und nichtstaatlichen Verbündeten um regionale Hegemonie und zum anderen der Konflikt zwischen Kräften, die die islamistische Muslimbruderschaft unterstützen (Katar, Türkei, islamistische nichtstaatliche Akteur:innen), und denen, die sie aktiv bekämpfen (Saudi-Arabien,